

## Anfragen zum Plenum in der 8. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Benjamin Adjei**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, anhand welcher fachlicher Kriterien die 50 KI-Professuren (KI = Künstliche Intelligenz), welche – im Rahmen der Hightech Agenda – in einem Wettbewerb vergeben werden, ausgewählt werden, ob bei Besetzung der Stellen eine geschlechterbezogene Quotenregelung Berücksichtigung findet und wann genau der KI-Wettbewerb im Jahr 2020 ausgeschrieben werden soll?

**Horst Arnold**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich der Bestand an sozial gebundenen Mietwohnungen in Bayern in den vergangenen 20 Jahren (1999 bis 2019) verändert (bitte nach Jahren aufschlüsseln), wie viele Wohnungen sind in diesem Zeitraum aus der Sozialbindung herausgefallen (bitte ebenfalls nach Jahren aufschlüsseln) und wie viele werden nach derzeitigem Stand in den kommenden fünf Jahren aus der Sozialbindung herausfallen (bitte die Antworten auf alle Teilfragen jeweils auch nach Regierungsbezirken aufschlüsseln)?

**Johannes Becher**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie wurden Anträge auf Fremdsprachensonderregelung zur Ersetzung von Englisch durch eine andere Fremdsprache im Rahmen der Ausbildung zur Kinderpflege (§ 35 Abs. 8 BFSO – Berufsfachschulordnung) in den letzten fünf Jahren in Bayern jeweils entschieden, durch welche Sprachen wurde in diesen Fällen Englisch ersetzt und aus welchen Gründen kann ein Antrag auf Fremdsprachensonderregelung im Zuge der Zulassung zu einer Berufsfachschule für Kinderpflege abgelehnt werden?

**Franz Bergmüller**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob zutreffend ist, dass politische Parteien die Adressdaten von Erstwählern zum Zweck der Wahlwerbung auf Basis § 50 Bundesmeldegesetz kostenfrei erhalten und dass dies auch für Datensätze gilt, die man laut Kommune nur über die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) beziehen kann und auf welcher Rechtsgrundlage erfolgt diese Kostenfreiheit bzw. eine Verweigerung dieser Kostenfreiheit unter Angabe der einschlägigen Paragraphen?

**Franz Bergmüller**  
(AfD)

In den Anfragen auf Drs. 17/7862 und BT-Drs. 17/14635 wurden „rechte“ Immobilien(nutzer) abgefragt. Es wird für diese Anfrage um eine vergleichbar präzise Antwort gebeten.

Die Abgeordneten Franz Bergmüller, Markus Bayerbach, Christian Klingen, Gerd Mannes und Andreas Winhart fragen die Staatsregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über die Nutzung des ländlichen Raums als Aktivitätsgebiet der linken Szene in Bayern?
2. Inwieweit sind der Staatsregierung spezifische Gemeinden im ländlichen Raum bekannt, die als Ansiedlungsschwerpunkte der linken Szene in Bayern zu charakterisieren sind (bitte nach Orten aufschlüsseln)?
3. Wie viele Immobilien werden derzeit in Bayern von linksextremen Gruppierungen angemietet bzw. befinden sich in deren Besitz (aufgeschlüsselt nach Ort und Zeitpunkt der Anmietung/des Kaufs)?
4. Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über sonstige Räumlichkeiten (z. B. Gaststätten), die von der linken Szene in Bayern regelmäßig für Treffen bzw. Veranstaltungen angemietet werden?
5. Welche konkreten Schritte hat die Staatsregierung unternommen, um die Vorbesitzerinnen und Vorbesitzer bzw. Vermieterinnen und Vermieter der von linksextremen Gruppierungen erworbenen bzw. angemieteten Immobilien aufzuklären und zu beraten?
6. Wie bewertet die Staatsregierung den Erfolg der bisherigen Informations- und Beratungsangebote (bitte nach den einzelnen Immobilien aufschlüsseln)?
7. a.) Welche Strategie verfolgt die Staatsregierung, um künftig verstärkt auf die Gefahr von linksextremen Anmietungen sowie auf entsprechende Schutzmöglichkeiten hinzuweisen?
- 7 b.) Welche Rolle spielt dabei die Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen?
8. Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über den linksextremen (Online-)Versandhandel bzw. entsprechende Strukturen der linken Szene in Bayern (ggf. unter Angabe des jeweiligen Firmensitzes auflisten)?

**Cemal Bozoğlu**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Angesichts von Presseberichten über neue bundesweite Hausdurchsuchungen im Zusammenhang mit paramilitärischen Trainings des Vereins UNITER e. V. frage ich die Staatsregierung, welche Personen aus Bayern von der Durchsuchung der Staatsanwaltschaft Mosbach (Baden-Württemberg) betroffen waren, welche Erkenntnisse der Staatsregierung über die paramilitärischen Trainings der UNITER-Defence-Einheit im Sommer 2018 auf dem Übungsgelände im badischen Mosbach vorliegen und ob sich an dem von ■■■ ■■■ geleiteten Training in Häuser- und Nahkampftechniken weitere Personen aus Bayern beteiligt haben?

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Nachdem die Kinderklinik und die Kinderpoliklinik im Dr. von Haunerschen Kinderspital in München nach Medienberichten nicht nur, insbesondere z. B. in der Grippezeit, völlig überlastet sind sowie Fachpersonal fehlt, und gleichzeitig die Verlegung der gesamten Einrichtung nach Großhadern an einen Standort geplant ist, der fußläufig offenbar sehr weit von der U-Bahn entfernt ist, frage ich die Staatsregierung, bis wann sie in München für eine ausreichende Versorgung im Bereich von Kinderklinik bzw. Kinderpoliklinik sorgen wird, welche Pläne bezüglich des Umzugs existieren (bitte unter Angabe der Details wie genaue Lage, Zeitplan, mögliche Erweiterung etc.) und wie sie im Bereich der Münchner Innenstadt in Zukunft eine zentrale medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen durch eine Kinderklinik und Kinderpoliklinik sicherstellen will?

**Dr. Markus Büchler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche zusätzlichen S-Bahn-Verkehre über den Nordring, die über das in der „Untersuchung zur kurzfristigen Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im schienengebundenen Verkehr im Münchner Norden mit dem Umland und dem Flughafen München“ unterstellte Angebot hinausgehen, sind Gegenstand von Überlegungen der Staatsregierung, wie wird sichergestellt, dass diese Verkehre von der zukünftig viergleisigen Strecke München–Daglfing – München–Johanneskirchen aufgenommen werden können?

**Kerstin Celina**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Menschen wurden in Bayern in den einzelnen Bezirken in den letzten drei Jahren gegen ihren Willen untergebracht (bitte unterscheiden nach den Gründen der Unterbringung: Selbstgefährdung, Fremdgefährdung, erhebliche Gefährdung von Rechtsgütern bzw. des Allgemeinwohls gemäß Art. 5 BayPsychKHG – Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz ), nach welchen Kriterien wird die Gefährdung von Rechtsgütern und die Gefährdung des Allgemeinwohls unterschieden und welche konkreten Arten von Daten werden vor Beendigung der Unterbringung an die zuständige Kreisverwaltungsbehörde, die Polizeidienststelle, in deren Zuständigkeitsbereich das Bedürfnis für die Unterbringung aufgetreten ist, und gegebenenfalls die Bewährungshilfe gemäß Art. 27 Abs. 4 Satz 1 PsychKHG weitergegeben?

**Maximilian Deisenhofer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist in den vergangenen fünf Jahren das Verhältnis von Ausbau zu Neubau der Staatsstraßen in Schwaben im Vergleich zu den anderen Regierungsbezirken (bitte auch nach den schwäbischen Straßenbauämtern aufschlüsseln), wie viel Geld hat der Freistaat in dieser Zeit insgesamt in Schwaben für den Straßenbau im Vergleich zum Schienennetz investiert und wie hoch ist der beabsichtigte Investitionsumfang (Straßenbau gegenüber Schiene) in Schwaben im Jahr 2020?

**Gülseren Demirel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen wurden aus Bayern im Rahmen der Sammelabschiebung nach Afghanistan am 12.02.2020 abgeschoben (bitte einzeln die Aufenthaltsdauer in Deutschland, rechtskräftig verurteilte Straftäter sowie die Straftaten und Strafmaße und Personen, die gearbeitet oder einen Ausbildungsplatz hatten und die Zahl der anwaltlichen Vertretungen auflisten), warum wurden Personen überhaupt in den konkreten Abschiebevorgang genommen, bei den familiären Bindungen (konkret werdender Vater bzw. Vater eines Neugeborenen) vorlagen, wird sich die Staatsregierung bei der kommenden Innenministerkonferenz aufgrund der zunehmenden Konflikt-handlungen in Afghanistan für eine Neubewertung der Sicherheitslage in Afghanistan einsetzen (laut Global Peace Index handelt es sich bei Afghanistan um das gefährlichste Land der Welt)?

**Katrin Ebner-Steiner**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass die Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz (gemeinnützige) GmbH, an der der Freistaat Bayern beteiligt ist, jährliche Zuwendungen vom Freistaat Bayern erhält, welchen Zweck haben und hatten diese Zuwendungen an die seit 1963 in unterschiedlicher Rechtsform existierende Organisation und auf welche Höhe beliefen sich diese in den letzten drei Jahren (d. h. vor und nach der Änderung der Rechtsform)?

**Martina Fehlner**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass sich die Staatsregierung im Rahmen der im Januar 2018 vorgestellten „Bayerischen Elektromobilitäts-Strategie Schiene“ (BESS) zu einer Reduzierung des Diesellokverkehrs im bayerischen Bahnnetz zugunsten einer verstärkten Elektrifizierung und zu innovativen Antriebstechniken bekannt hat, frage ich die Staatsregierung, wie der aktuelle Planungsstand beim Pilotprojekt „Eco Train“ auf der Strecke Schöllkrippen – Hanau sowie bei der Elektrifizierung der Strecke Aschaffenburg – Miltenberg (Maintalbahn) und der Hafenbahn Aschaffenburg ist, wann mit der Umsetzung der Projekte zu rechnen ist und in welcher Höhe die Projekte mit Landesmitteln gefördert werden?

**Matthias Fischbach**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge sind pro Monat in den Regierungsbezirken für das Bundesprogramm DigitalPakt Schule seit der Veröffentlichung der Förderrichtlinie „digitale Bildungsinfrastruktur an bayerischen Schulen“ (dBIR) zum 31.07.2019 bis zum Stichtag 31.01.2020 im Vergleich zu den Förderprogrammen des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus „Digitalbudget für das digitale Klassenzimmer“ sowie „Budget für integrierte Fachunterrichtsräume an berufsqualifizierenden Schulen“ im Zeitraum vom 31.07.2018 bis 31.01.2019 eingegangen, wie hoch ist die bisher bewilligte Fördersumme für das Bundesprogramm DigitalPakt Schule im Vergleich zur bewilligten Fördersumme für die oben genannten Landesprogramme im gleichen Vergleichszeitraum und wie viele vorzeitigen Maßnahmenbeginne wurden bereits im Rahmen des DigitalPakt Schule bis zum 31.01.2020 bewilligt (bitte aufschlüsseln nach Regierungsbezirk, Fördersumme und Datum des Maßnahmenbeginns)?

**Christian Flisek**  
(SPD)

Im Hinblick darauf, dass die Bekanntmachung des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales über die Richtlinie für die Förderung der sozialen Beratung, Betreuung und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund (Beratungs- und Integrationsrichtlinie – BIR) vom 16. November 2017 (AllMBI. S. 578) mit Ablauf des 31. Dezember 2020 außer Kraft tritt, frage ich die Staatsregierung, wann mit einer neuen Bekanntmachung zu rechnen ist, ob Änderungen an der derzeitigen Ausgestaltung der Richtlinie vorgesehen sind und wie etwaige Änderungen ausgestaltet werden sollen?

**Anne Franke**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung im Zusammenhang mit der vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus angekündigten Mehrarbeit für Grund-, Mittel und Förderschullehrer, wie viele Lehrkräfte sind im Landkreis Starnberg von den Maßnahmen betroffen (bitte einzeln auflisten: Aufstockung aus Teilzeit, abgelehnte Anträge auf vorzeitigen Ruhestand und Sabbatjahr), wie viele zusätzliche Lehrerstunden werden durch diese Maßnahmen generiert und welche Reaktionen gibt es seitens der Betroffenen?

**Patrick Friedl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts der erneuten Anforderung der EU-Kommission – auch gegenüber Bayern – die Richtlinie 92/43/EWG des Rates zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen umzusetzen und der erneuten Mahnung, ausreichend detaillierte und quantifizierte Erhaltungsziele festzulegen sowie diesbezügliche Managementpläne zeitnah zu veröffentlichen, frage ich die Staatsregierung, bis wann alle Managementpläne (einschließlich detailliert und quantifiziert festzulegender Erhaltungsziele) für die Natura 2000-Gebiete Bayerns vorliegen, wie viele Managementpläne noch nicht entsprechend fertiggestellt sind (bitte für jeden Regierungsbezirk einzeln angeben) und bis wann die bisher fertig gestellten Managementpläne gemäß den Vorgaben der EU-Kommission aktiv und systematisch an die Öffentlichkeit weitergeleitet werden, um dem eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren zu entgehen?

**Tessa Ganserer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie Kenntnis hat vom Rundschreiben des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat vom 21.01.2020 über die Verfahrensweise zur Anwendung des Bundesreisekostengesetzes (BRKG) zur Berücksichtigung von umweltbezogenen Aspekten bei der Wahl des Reisemittels bei Dienstreisen und ob sie beabsichtigt eine inhaltlich gleiche Vollzugsanweisung an die Bayerischen Behörden und Dienststellen zur Anwendung des Bayerischen Reisekostengesetzes (BayRKG) zu geben und bis wann eine solche Anweisung erfolgt?

**Thomas Gehring**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ist geplant, dass Privatschulen für geduldete Lehrerinnen und Lehrer (Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger im 1. Jahr, die sich in der Bewährungsfeststellungsphase befinden) ab dem Schuljahr 2020/2021 keine Personalkostenzuschüsse mehr erhalten und wenn ja, mit welcher Begründung erhalten sie diese Zuschüsse nicht und welche Möglichkeit gibt es für die Privatschulen diesen finanziellen Verlust auszugleichen?

**Richard Graupner**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass sie in ihrer Antwort auf die Anfrage zum Plenum anlässlich der Plenarwoche in der 7. KW 2020 des Abgeordneten Christoph Maier im Zuge von illegalen Einreisen aus der Ukraine von „irregulärer Migration“ spricht, frage ich die Staatsregierung, was sie hierunter genau versteht, inwiefern sie sich weiterhin dafür einsetzen will, die Ukraine zum sicheren Drittstaat zu erklären und welche Maßnahmen sie genau mit der Bundespolizei abgestimmt hat, die am Abflughafen in der Ukraine getroffen werden?

**Ludwig Hartmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Hiermit frage ich die Staatsregierung, warum vermengt sie bei ihren Zielmarken für die Beschaffung in staatlichen (50 Prozent-Anteil bis 2025) und öffentlichen (50 Prozent-Anteil bis 2030) Kantinen bio und regional, statt jeweils eigene Zielmarken für beide Segmente zu setzen (wie z. B. Österreich: Regierungsprogramm sieht eine Bio-Quote 55 Prozent bis 2030 vor, gemeinsam mit 100 Prozent regionaler und saisonaler Beschaffung), warum führt die Staatsregierung keine feste Bioquote für Lebensmittel in staatlichen Kantinen ein und wie soll das Ziel von 30 Prozent Ökolandbau bis zum Jahr 2030 erreicht werden, wenn der Absatz über staatliche und öffentliche Gemeinschaftsverpflegung nicht konsequent forciert wird?

**Christina Haubrich**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Lehrkräfte sind abgeordnet für die Wahrnehmung von Aufgaben in verschiedenen Gremien und Institutionen wie z. B. ISB, ASV, Lehrerakademie, wie viele Zeitstunden müssen die Lehrkräfte dafür aufwenden und wie viele Lehrkräfte haben wie viele Anrechnungsstunden für externe Tätigkeiten, die nichts mit Grund- und Mittelschulunterricht zu tun haben, welche nicht zwangsweise von Lehrkräften übernommen werden müssten?

**Dr. Wolfgang Heubisch**  
(FDP)

Am 03.02.2020 hat der „Hightech Summit“ stattgefunden und ich frage die Staatsregierung, wie viel hat der Hightech Summit insgesamt gekostet (bitte eine Aufstellung der angefallen Kosten wie Raumkosten, Verpflegungskosten, Personalkosten für die Organisation, Kosten für die Organisation durch Bayern Innovativ und alle weitere Kostenstellen), wo sind diese Kosten im Haushalt bzw. Nachtragshaushalt eingestellt und welchen Nutzen sieht die Staatsregierung in der gesamten Veranstaltung?

**Christian Hierneis**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele neue Stellen für die Herdenschutzberatung werden an den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten geschaffen, wie werden die Ämter in die Lage versetzt, dem zukünftigen Bedarf an Herdenschutzmaßnahmen und der damit zusammenhängenden fachlichen Beratung gerecht zu werden und welche weiteren Maßnahmen, Pläne oder gesetzlichen Regelungen etc. schweben Staatsministerin Michaela Kaniber vor, nachdem sie laut Medienberichten bei der letztjährigen Hauptalmbegehung sagte, dass der bayerische Aktionsplan Wolf nicht der Schlusspunkt sein kann und dass die von der Bundesregierung als Lex Wolf geplante Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes nicht ausreicht?

**Dr. Helmut Kaltenhauser**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe Förderungen des Freistaates nach Art. 11, 12, 13, 15 und 16 Bayerisches Krankenhausgesetz (BayKrG) für das Klinikum Aschaffenburg-Alzenau in den kommenden Jahren geplant sind, ob eine Veränderung des Zuschnitts der Aufgaben zwischen den beiden Standorten von der Staatsregierung beabsichtigt ist und wie die Staatsregierung das Klinikum in Konkurrenz zu hessischen Großkliniken positionieren möchte?

**Annette Karl**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, gibt es für den Bau oder die Sanierung von Sportstätten, die auch von Schulen genutzt werden und aufgrund zurückgegangener Schülerzahlen flächenmäßig zu groß wären, weitere Förderprogramme des Freistaates Bayern, wenn die betreffende Gemeinde in einem RmbH-Landkreis liegt oder greift generell nur die bestehende Förderung im Rahmen der Schulbauverordnung?

**Paul Knoblach**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem in den letzten Monaten in den Medien häufig über Mängel und Tierschutzverstöße in tierhaltenden Betrieben, deren letzte Konsequenz oft die Auflösung des Tierbestands oder ein Tierhaltungsverbot ist, berichtet wurde, frage die Staatsregierung, welche Möglichkeiten den bayerischen Behörden – abgesehen von der Auflösung des Tierbestands oder der Verhängung eines Tierhaltungsverbots – zur Verfügung stehen, um Tierhaltern zu helfen, denen es aufgrund von Überforderung oder persönlichen Problemen nicht gelingt, ihre Tiere sachgemäß zu versorgen, welche Rolle dabei die bäuerliche Familienberatung oder die Bereitstellung von Betriebshelfern spielen und ob derlei Maßnahmen in der Vergangenheit ergriffen wurden, um Betriebsleiter zu unterstützen?

**Claudia Köhler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen sollen Teile des Eichamts München, das seine Aufgaben im Wesentlichen vor Ort zu erfüllen hat, nach Fürstenfeldbruck verlagert werden, inwiefern können die Aufgaben des Eichamts am neuen Standort besser erfüllt werden und wie hoch ist der Anteil der von der Verlagerung betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bereit sind, ihren Arbeitsplatz nach Fürstenfeldbruck zu verlagern?

**Natascha Kohnen**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Zahl der Wohnimmobilien in Bayern im Verlauf der letzten zwanzig Jahre im Verhältnis zur Bevölkerung entwickelt, wie hat sich die Art der Wohnimmobilien in Bayern im Verlauf der letzten zwanzig Jahre entwickelt und wie sind die Eigentümerstrukturen von Wohnimmobilien in Bayern (aufgeschlüsselt bitte nach verschiedenen Immobilienarten und mit möglichst detaillierten Angaben zur Art der Eigentümer wie beispielsweise Privatpersonen, Eigentümergemeinschaften, privatwirtschaftliche Unternehmen etc.)?

**Sebastian Körber**  
(FDP)

Nachdem Ministerpräsident Dr. Markus Söder auf der Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion in Seeon am 15.01.2020 verkündete, Behörden verlagern zu wollen, worunter auch ein Teilumzug des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr (StMB) mit 200 Mitarbeitern fallen wird, frage ich die Staatsregierung, welche Abteilung bzw. Personengruppe des StMB die Arbeitsstätte von München nach Augsburg wechseln wird bzw. kann, wie viel diese Verlagerung von 200 Personen, den jetzigen Erkenntnissen der Staatsregierung zufolge, kosten wird (bitte nach Möglichkeit Angabe durchschnittliche Kosten pro Mitarbeiter) und was mit den frei werdenden Räumlichkeiten des StMB in München passieren wird?

**Andreas Krahl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, bis wann ist mit der Vorlage der notwendigen Novellierung und der Überarbeitung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes (PfleWoqG) in der Fassung von 2008 zu rechnen und welche Punkte wird die Novellierung des PleWoqG umfassen?

**Susanne Kurz**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche und in jeweils welcher Höhe werden in den Haushaltsjahren 2015 bis 2020 Verbände, die im kulturellen Bereich aktiv sind, – ob Laien oder Profiverband – durch die Staatsregierung dauerhaft finanziell gefördert, bitte mit Angabe des jeweiligen Haushaltskapitels und der Titelnummer?

**Eva Lettenbauer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Im Kontext dessen, dass in vielen sozialen Berufen und Studienrichtungen immer noch ein hoher Frauenanteil vorliegt und in den sogenannten MINT-Studiengängen oftmals deutlich mehr Männer studieren, frage ich die Staatsregierung, durch welche konkreten Maßnahmen ist die Berufsberatung an bayerischen Schulen für Schülerinnen und Schüler geschlechtergerecht und individuell ausgestaltet, wird in den Beratungen gleichermaßen explizit auf die MINT-Berufe verwiesen und was unternimmt die Staatsregierung, um auch bei den Lehrerinnen und Lehrern sowie bei Erzieherinnen und Erziehern in diesem Kontext einen geschlechtergerechten Umgang im Unterricht und während der Betreuung zu gewährleisten?

**Stefan Löw (AfD),  
Roland Magerl**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund von Medienberichten, wonach die Staatsregierung die Möglichkeit haben soll, gegen das Stromtrassenprojekt SuedOstLink gerichtlich vorgehen zu können (siehe <https://www.br.de/nachrichten/bayern/auch-der-landkreis-tirschenreuth-wehrt-sich-gegen-suedostlink,RoDE8w4>), fragen wir die Staatsregierung, welche rechtlichen Möglichkeiten stehen dem Freistaat zur Verfügung, um gegen den SuedOstLink im aktuell geplanten Trassenverlauf gerichtlich vorzugehen, welche Gründe sprechen für die Einleitung der o. g. Möglichkeiten im Einzelnen und welche Gründe sprechen gegen die Einleitung der o. g. Möglichkeiten im Einzelnen?

**Christoph Maier**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die fossilen Überreste des archäologischen Sensationsfundes aus der Pforzener Tongrube, genannt „Udo“, nach Baden-Württemberg verbracht wurden, frage ich die Staatsregierung, auf welcher Rechtsgrundlage die Verbringung erfolgte, welche Maßnahmen sie einleiten will, um die Funde zurück nach Bayern zu holen und wer Eigentümer der fossilen Überreste von Danuvius guggenmosi ist?

**Gerd Mannes**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Nennleistung an elektrischen Kraftwerkskapazitäten sind in jedem der Bezirke Bayerns Ende 2019 vorgehalten worden und für Oberbayern, insbesondere in den Landkreisen Altötting, Berchtesgadener Land, Ebersberg, Erding, München – Land, Rosenheim – Land, Rosenheim – Stadt und welche Leistung an elektrischer Energie benötigen die in Oberbayern, insbesondere in den Landkreisen Altötting, Berchtesgadener Land, Ebersberg, Erding, München-Land, Rosenheim-Land, Stadt Rosenheim, befindlichen Haushalte pro Jahr und welche Leistung an elektrischer Energie benötigen die in Oberbayern, insbesondere in den Landkreisen Altötting, Berchtesgadener Land, Ebersberg, Erding, München-Land, Rosenheim-Land, Stadt Rosenheim befindlichen, gewerblichen und industriellen Kunden pro Jahr?

**Jürgen Mistol**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, mit welchen Maßnahmen verfolgt sie das Ziel, den Ökolandbau-Anteil in der Oberpfalz bis 2025 auf 20 Prozent und bis 2030 auf 30 Prozent zu erhöhen, wie unterstützt sie konkret Produzentinnen und Produzenten, Vermarktungsstrukturen aufzubauen und wie hoch ist der Bio-Anteil bei der Vergabe von Aufträgen?

**Ruth Müller**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet die Staatsregierung die berechtigte Forderung der Gemeinde Bruckberg nach einer Verlängerung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf der A 92, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen, wie wurde die kürzlich von Ministerpräsident Dr. Markus Söder zugesagte und zum Teil bereits umgesetzte Geschwindigkeitsbegrenzung auf der kürzlich eröffneten A 94 begründet und wie kann ein ähnliches Vorgehen entlang der A 92 im Landkreis Landshut vollzogen werden, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen und die Lärmbelastung zu reduzieren?

**Alexander Muthmann**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie die im Staatshaushalt zur Verfügung stehenden Mittel für den Um- und Ausbau sowie die Bestandserhaltung der Staatsstraßen (Kap. 09 40 Tit. 750 00) im Jahr 2019 auf die Regierungsbezirke verteilt wurden (bitte unter gesonderter Ausweisung von Projekten, die im Rahmen des Vorwegabzugs an die Regierungsbezirke geflossen sind), nach welchen Verteilungskriterien diese Aufteilung erfolgte und wie hoch das Budget für die einzelnen staatlichen Bauämter im Jahr 2019 war (bitte unter Angabe der von diesen Bauämtern betreuten Landkreise und der jeweils betreuten Länge des Staatsstraßennetzes)?

**Tim Pargent**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kassen-Nachschauen im Freistaat Bayern seit dem 01.01.2018 bis heute durchgeführt wurden (bitte Anzahl pro Jahr angeben), wie viele dieser Kassen-Nachschauen eine Außenprüfung nach sich zogen (bitte Anzahl pro Jahr angeben) und welche Sachverhalte dazu führen können, dass eine Kassennachschau eine Außenprüfung nach sich zieht?

**Doris Rauscher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Stellen für Richterinnen und Richter sowie für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger können an den Amtsgerichten Ebersberg, Erding, Freising und Dachau derzeit nicht besetzt werden (bitte als absolute Zahl und im Verhältnis zu den Gesamtstellen pro Standort und Berufsgruppe angeben), wie gedenkt die Staatsregierung kurz-, mittel- und langfristig die Arbeitsbelastung abzufedern und die Arbeitsfähigkeit der jeweiligen Gerichte sicherzustellen und wie viele Monate vergehen im Durchschnitt zwischen Eingang eines neuen Verfahrens und Abschluss des Verfahrens (bitte differenziert nach Standort und jeweils mit Angabe der kürzesten bzw. längsten Bearbeitungszeit angeben)?

**Markus Rinderspacher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten künstlerischen und rechtlichen Anforderungen wird die Vergabeausschreibung zur Orgel bzw. zu den Organen im neuen Konzerthaus im Münchner Werksviertel beinhalten (Größe, Klangcharakteristik, Kosten, Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber, Bewerberinnen- und Bewerberkriterien, Laufzeit des Vertrags etc), wird in dem Verfahren eine international besetzte Expertenkommission eingesetzt (Teilnehmerinnen und Teilnehmer), für welche Säle im neuen Konzerthaus sind Orgeln vorgesehen (bitte Angabe der Begründung)?

**Dr. Martin Runge**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, handelt es sich nach Rechtsauffassung der Staatsregierung um einen wahlrechtlichen Verstoß, wenn im Zuge der Werbung für den Eintrag in Unterstützungslisten Weißwürste unentgeltlich zum Verzehr angeboten werden, weil das Angebot auszulegen ist als „Stimmen kaufen“ zu wollen, stellt das Verteilen von Brezen am Wahltag durch Parteien, deren Mitglieder zur Wahl stehen, nach Rechtsauffassung der Staatsregierung einen wahlrechtlichen Verstoß dar und gelten die in Art. 20 Abs. 1 Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz (GLkrWG) niedergelegten Bestimmungen zur „Bannmeile“, oder besser zu den „Bannmetern“, auch bezüglich der in Art. 28 GLkrWG geregelten Eintragung in Unterstützungslisten?

**Berthold Rüth**  
(CSU)

Nachdem in der Lokalzeitung Main-Echo am 11.02.2020 darüber berichtet wurde, dass das Landratsamt Miltenberg nicht auf eine Meldung eines Ehepaars, das von einer Chinareise zurückkam und befürchtete aufgrund von Symptomen, mit dem Coronavirus infiziert zu sein, reagiert hat, frage ich die Staatsregierung, ob die Landratsämter in Bayern allgemein, und speziell das Gesundheitsamt im Landratsamt Miltenberg, für dieses Thema sensibilisiert worden sind?

**Julika Sandt**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Unternehmen konkret mit Mitteln aus den, in einer Erklärung des Zukunftsforums Automobil am 25.11.2019 in Aussicht gestellten, 30 Mio. Euro gefördert werden, welche Maßnahmen bereits umgesetzt wurden und welche konkreten Weiterbildungen für Arbeitnehmer im Rahmen dieses Förderpakets angeboten werden?

**Toni Schuberl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche der Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete bzw. Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Niederbayern sind nach ihrer Kenntnis mit einem Internetzugang, der von den Geflüchteten genutzt werden kann, ausgestattet (bitte möglichst genau aufzählen), welche Unterstützung gibt die Staatsregierung den Trägern der Unterkünfte bei der Einrichtung eines Internetzugangs und plant sie, jene Unterkünfte, bei denen der Freistaat Bayern die Trägerschaft innehat, mit Internetzugängen auszustatten (bitte begründen und die Position der Staatsregierung darlegen)?

**Stephanie Schuhknecht**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Aufgrund der unterschiedlichen Aussagen zu meiner Anfrage zum Plenum in KW 5 (30.01.2020 – Drs. 18/6083) und einem Pressebericht in der Augsburger Allgemeinen vom 05.02.2020, frage ich die Staatsregierung wie es sich erklärt, dass am 05.02.2020 über die Presse Informationen zur Teilverlagerung des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr nach Augsburg bekannt gemacht werden („Brückenkopf“ 50 Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter bis zum Sommer, Start in wenigen Monaten, Reihe von Interessenten bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in München) und diese angeblich eine Woche zuvor noch nicht mal im Ansatz zur Beantwortung meiner Anfrage zum Plenum vorlagen, welche Immobilien als „Zwischenlösung“ bisher untersucht wurden (bitte nach Priorisierung auflisten) und welche Grundstücke aus Sicht der Staatsregierung für einen zukünftigen Neubau geeignet wären?

**Katharina Schulze**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Angesichts der aktuellen Durchsuchungen im Zusammenhang mit den Ermittlungen der Bundesanwaltschaft gegen eine rechtsterroristische Vereinigung frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse den bayerischen Sicherheitsbehörden über die drei beteiligten Personen aus Bayern vorliegen, ob bei den Durchsuchungen Waffen oder andere konkrete Hinweise auf Anschlagsvorbereitungen in Bayern gefunden wurden und ob die Staatsregierung eigene Erkenntnisse über den als Koordinator der Gruppe geltenden und als rechtsextremen „Gefährder“ eingestuftem [REDACTED] aus Augsburg hat?

**Dr. Harald Schwartz**  
(CSU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Fördermittel und/oder Förderprogramme und/oder Haushaltsmittel gibt es seit dem 07.01.2020 neu oder welche Fördermittel und/oder Förderprogramme und/oder Haushaltsmittel wurden seit dem 07.01.2020 geschaffen, zur Verfügung gestellt oder sind in Vorbereitung, die als Ausgleich der Sonderbelastung dienen, die die Truppenübungsplatzanrainergemeinden aufgrund ihres Angrenzens an einen Truppenübungsplatz tragen und die vor sechs Monaten noch nicht zugänglich waren, um diese Gemeinden vonseiten des Freistaates finanziell zu unterstützen?

**Gisela Sengl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Bedingungen müssen erfüllt sein, damit gemeinnützige Vereine mit Tierhaltung, die eine landwirtschaftliche Betriebsnummer haben, renovierungsbedürftige Gebäude auf der Hofstelle oder im Außenbereich durch Neubauten ersetzen dürfen und welche Emissionswerte gelten bei Offenstellen?

**Christoph Skutella**  
(FDP)

Vor dem Hintergrund der aktuellen Überarbeitung der Landschaftspflege- und Naturparkrichtlinien und der damit verbundenen geplanten Förderung für die Betriebskosten von Infozentren der Naturparke, frage ich die Staatsregierung, wann die Richtlinienerfortschreibung abgeschlossen ist, ob auch bereits bestehende Infozentren der Naturparke die geplante Förderung erhalten können und wie die einzelnen Naturparke in den Prozess der Neuaufstellung der Richtlinie eingebunden werden bzw. wurden?

**Ursula Sowa**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Zu der im Magazin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands vom Januar 2020, Seite 17, veröffentlichten Einschätzung des Instandhaltungs- und Modernisierungsstaus an bayerischen Schulen auf 7 Mrd. Euro frage ich die Staatsregierung, wie schätzt die Staatsregierung diese Angabe ein, mit welcher Begründung kommt die Staatsregierung zu einer anderen Einschätzung, für den Fall, dass sie diese Einschätzung nicht teilt, und welche Pläne hat die Staatsregierung zum Abbau des von ihr festgestellten Sanierungsstaus?

**Dr. Dominik Spitzer**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge zu medizinischen Forschungsprojekten zum Chronic Fatigue Syndrom wurden beim Staatsministerium für Gesundheit und Pflege in den letzten zehn Jahren gestellt und wie viele davon wurden genehmigt (bitte unter Angabe der jeweiligen Fördersummen sowie der thematischen Ausrichtung)?

**Ralf Stadler**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie definiert sie die Begriffe „Nazi“, „rechtsextrem“ und „rechtsradikal“ in Bezug auf die Bezeichnung von Personen in Bayern?

**Rosi Steinberger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Schadensmeldungen die der Saatkrähe angelastet werden, gab es von bayerischen Landwirtinnen bzw. Landwirten in den letzten fünf Jahren (Aufschlüsselung nach Jahr, Regierungsbezirken und Gemeinden oder Landkreisen), wie hoch ist jeweils die geltend gemachte Schadenshöhe und sind die Schäden von Fachbehörden, insbesondere aus der Landwirtschaftsverwaltung, begutachtet und bestätigt worden?

**Dr. Simone Strohmayr**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, für welche Schularten gibt es die Möglichkeit, das Referendariat in Teilzeit zu absolvieren, für welche Schulart ist ein Teilzeitreferendariat geplant und an welche Voraussetzungen ist sie geknüpft?

**Martin Stümpfig**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie die neue Förderkulisse nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) hinsichtlich von zur Reaktivierung anstehenden Schienenprojekten, insbesondere bei den Projekten, bei denen die Zahl von 1 000 Personenkilometer pro Kilometer nicht erreicht werden, wie hoch ist der Fördersatz bei einer Personenkilometerzahl von 900, der derzeit auf der Strecke Wilburgstetten – Nördlingen berechnet wurde und welchen Anteil müssen zukünftig Kommunen für die Bahnübergangsmaßnahmen bei Kreuzungen einer nichtbundeseigenen Eisenbahn mit einer kommunalen Straße angesichts der Änderungen des GVFG und anderer Beschlüsse auf Bundesebene tragen?

**Anna Toman**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem es aufgrund von Altersverrentung aktuell im Stiftland-Gymnasium Tirschenreuth zu einem akuten Personalnotstand im Bereich der Schulleitung, der stellvertretenden Schulleitung sowie, ebenso bedingt durch Verrentung und zusätzlich langem Krankenstand, im Sekretariatsbereich kommt, frage ich die Staatsregierung, mit welchen konkreten Maßnahmen gedenkt sie dem akuten Personalmangel im Stiftland-Gymnasium Tirschenreuth im Bereich der Schulleitung, stellvertretenden Schulleitung und im Sekretariat entgegenzutreten, wann plant sie den veralteten Personalschlüssel aus dem Jahr 1987 zu reformieren, um ihn den heutigen qualitativ und quantitativ gestiegenen Anforderungen in der Schulverwaltung anzupassen und wie viele Mehrarbeitsstunden sind in den Sekretariaten der bayerischen Gymnasien zum Stichtag heute angelaufen?

**Gabriele Triebel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, sind im Gesamtkonzept zur bayerischen Erinnerungskultur die finanziellen Aufwendungen für die Erinnerungsorte Obersalzberg und Nürnberg (Doku-Zentrum, Zeppelinfeld, Saal 600) mit inbegriffen, wie wird das Thema „Krankenmorde“ im Gesamtkonzept berücksichtigt und wie wird der Bildungsausschuss in dessen Umsetzung mit einbezogen?

**Hans Urban**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, konnte sie im bisherigen Winter 2019/2020 die Situation einer Notzeit für Rehwild ausmachen, wenn nein, spricht sie dann von einer gesetzeswidrigen Handlung, wenn dennoch gefüttert wird bzw. wurde, und wie reagiert die Staatsregierung auf solche Gesetzesverstöße?

**Andreas Winhart**  
(AfD)

Nachdem das Handelsblatt in seiner Online-Ausgabe am 12.02.2020 berichtet, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz sowie diverse Landesbehörden für Verfassungsschutz demokratisch gewählte Abgeordnete überwachen<sup>1</sup>, frage ich die Staatsregierung, welche Abgeordneten des Landtags wurden im bisherigen Verlauf des Jahres 2020 vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet (bitte nach Fraktion und Grund der Beobachtung auflisten), welche Abgeordneten des Deutschen Bundestags, Europäischen Parlaments oder Mitglieder der bayerischen Bezirkstage wurden im bisherigen Verlauf des Jahres 2020 vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet (bitte nach Fraktion und Grund der Beobachtung auflisten) und hat die Staatsregierung Kenntnis über Abgeordnete des Landtags, des Deutschen Bundestags, des Europäischen Parlaments aus Bayern oder Mitglieder der bayerischen Bezirkstage, welche im bisherigen Verlauf des Jahres 2020 vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet wurden (bitte nach Fraktion und Grund der Beobachtung auflisten)?

**Christian Zwanziger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welchen Zeitplan verfolgt sie für die im Koalitionsvertrag bis 2020 angekündigte Evaluierung des Anbindegebots, in welchem Rahmen wird die Evaluation stattfinden (beteiligte Akteure usw.) und welche Vorhaben wurden seit der Lockerung des Anbindegebots genehmigt, die ohne die Lockerung nicht genehmigungsfähig gewesen wären (bitte nach Gemeinden auflisten)?

---

<sup>1</sup> Quelle: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutsch-land/alternative-fuer-deutschland-verfassungsschutz-nimmt-abgeordnete-des-hoecke-fluegels-ins-visier/25538156.html?ticket=ST-2087172-LZ3L9tKOZ4QWaQbmo5xZ-ap2>